

## **Niederschrift**

### **über die 136. Sitzung des Planungsausschusses am 13.12.2017 in Altdorf**

Beginn: 10:00 Uhr  
Ende: 12:15 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder laut Anwesenheitsliste: 16

Sie wurde vom Vorsitzenden, Ersten Bürgermeister **Alfons Sittinger**, geleitet.

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
  
2. Regionalplan Region Landshut (13)
  - 2.1 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B VIII Wasserwirtschaft  
Anhörungsverfahren  
Beratung des Auswertungsergebnisses und Beschlussfassung
  
  - 2.2 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B II Siedlungswesen  
Sachstandsbericht und Abstimmung des weiteren Vorgehens
  
  - 2.3 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Kapitel B IX Sozialwesen, Gesundheit, Bildung und Kultur  
Sachstandsbericht
  
3. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP);  
Anhörungsverfahren  
Stellungnahme des Verbandes
  
4. Regionales Energiekonzept  
Modellprojekt Biogasanlagen  
Sachstandsbericht
  
5. Informationen, Wünsche und Anträge

## **Nichtöffentlicher Teil:**

1. Regionalplan Region Landshut (13)  
Neunte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B I Natur und Landschaft;  
Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung
- 

### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Verbandsvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gremiums und den Planungsbeirat.

Besonders bedankte er sich beim Markt Altdorf für die Möglichkeit, die Tagung abhalten zu können und für die freundliche Aufnahme. Herrn Ersten Bürgermeister **Helmut Maier** bat er anschließend um ein Grußwort.

Er hieß besonders die Landräte **Heinrich Trapp** und **Peter Dreier** sowie Oberbürgermeister **Alexander Putz** willkommen.

Als Referent wurde namentlich begrüßt:

- Herr Dipl.-Ing. (FH) Maximilian Conrad vom  
Institut für Energietechnik IfE GmbH  
an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden

Von der Regierung von Niederbayern

- Herr Abteilungsdirektor **Dr. Jürgen Weber**, Bereichsleiter des Bereichs 2, Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr
- Herr leitenden Regierungsdirektor **Peter Schmid**, Sachgebietsleiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung
- Herr ORR **Sebastian Bauer**, Regionsbeauftragter und Mitarbeiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung.
- Frau **Martina Maier**, wissenschaftliche Mitarbeiterin des SG 24 Raumordnung, Landes- und Regionalplanung

Weiter wurden begrüßt:

- **Christine Erbinger** und **Renate Landesberger** von der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes

Der Vorsitzende stellte die form- und fristgerechte Ladung entsprechend der Satzung und der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut fest. Weiter stellte der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und informierte, dass zur Erleichterung der Protokollführung ein Aufzeichnungsgerät mitläuft. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

---

Erster Bürgermeister **Helmut Maier** hieß danach die Anwesenden in Altdorf herzlich willkommen und stellte in seinem Grußwort die Gemeinde kurz vor.

---

## **2. Regionalplan Region Landshut (13)**

### **TOP 2.1: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Fortschreibung von Kapitel B VIII Wasserwirtschaft Anhörungsverfahren Beratung des Auswertungsergebnisses und Beschlussfassung**

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

- 1. Der Planungsausschuss nimmt die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens zur Teilfortschreibung des Kapitels B VIII, Wasserwirtschaft, zur Kenntnis.**

**Der Planungsausschuss stimmt der vom Regionsbeauftragten vorgeschlagenen Abwägung entsprechend der vorgelegten Drucksache zu.**

- 2. Der Planungsausschuss beschließt das neugefasste Unterkapitel B VIII 3 Hochwasserschutz als Verordnung gemäß Art. 22 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG).**

3. Der Planungsausschuss beschließt die neugefasste Begründung zu dem Unterkapitel B VIII 1 Wasserversorgung.

4. Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, die Verbindlicherklärung bei der Regierung von Niederbayern zu beantragen.

Der Regionsbeauftragte wird ermächtigt, soweit erforderlich, noch redaktionelle Änderungen am vorgelegten Fortschreibungsentwurf durchzuführen.

---

## TOP 2.2: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Fortschreibung von Kapitel B II Siedlungswesen Sachstandsbericht und Abstimmung des weiteren Vorgehens

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte die Präsentation.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** regte an, als Grundsätze auch Aussagen zur Mobilität aufzunehmen. Es sei wichtig, den ÖPNV bereits bei der Planung von Baugebieten zu berücksichtigen. Die Streckenführung, Wendemöglichkeiten, Park-and-Ride-Plätze, Elektromobilität, Carsharing seien Themen, die man bei der Planung schon beachten sollte. Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** verwies auf das Kapitel Verkehr, das der RPV auch fortschreiben müsse. Viele dieser Themen seien dort gut aufgehoben, wenn es um die Verkehrsentwicklung der Region gehe. Aufgrund des „überregionalen Blicks“ des Verbandes könne man sich nicht in die Ausgestaltung von Baugebieten einmischen. Man werde versuchen, einen entsprechenden Hinweis zu formulieren. Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** plädierte dafür, einen achten Grundsatz bzgl. der Mobilitätsversorgung und Verkehrsentwicklung mit aufzunehmen.

Kreisrat **Nik Sörtl** sah bei einer Stärkung der zentralen Orte die Gefahr, dass man die kleineren, alten Orte vergesse. Diese könnten dadurch weiter im gesellschaftlichen Leben zurückgedrängt werden. Viele Vereine und andere Institutionen in Dörfern könnten sich dann nicht mehr halten. Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erklärte, dass es nicht das Anliegen des Verbandes sei, die kleinen Orte außen vor zu lassen. Aufgrund des Siedlungsdrucks bestehe die Gefahr, dass bei vielen kleineren Siedlungsbereichen immer wieder etwas dazu käme, weil einfach hier noch Flächen zu Verfügung ständen. Gleichzeitig fehle aber oft das Angebot, um auch den Hauptort entsprechend zu stabilisieren. Größere Siedlungsausweisungen sollten auf die Hauptorte konzentriert werden, weil hier die notwendige Infrastruktur bereits vorhanden sei. Man wolle natürlich nicht alle Bauvorhaben in historisch

gewachsenen Ortsteilen verhindern. Diese sollten sich auch weiter entwickeln können. Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** verwies hier auf die entsprechenden Instrumente wie Außenbereichssatzungen, Innenbereichssatzung, um auch in kleineren Orten Flächen zu schaffen. Dies sollte nicht in die Landschaft „ausufern“, sondern es sollte eher eine Verdichtung in den Orten erfolgen.

Bürgermeister **Josef Reiser** erkundigte sich, ob es in der Stadt Mainburg mit ihrer Autobahnnähe eine Möglichkeit gebe, die als GI ausgewiesene Fläche auch für Gewerbetreibende zur Verfügung zu stellen. Er wolle hier kein Logistikzentrum, das nur wenigen einen Arbeitsplatz böte, sondern lieber einem Heizungsbauer die Möglichkeit bieten, sich hier anzusiedeln. Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** bot an, dies in einem gemeinsamen Gespräch mit der Regierung von Niederbayern abzuklären.

Bürgermeister Josef Pellkofer bat um die Zusendung der Unterlagen. Dies wurde ihm zugesagt.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erkundigte sich, ob man auf dieser Basis weiterarbeiten solle. Dem wurde zugestimmt.

Danach erläuterte er die vorgeschlagenen Änderungen beim Trenngrün (vgl. Präsentation). Es handle sich hier um ein verbales Ziel der Raumordnung. Deshalb sei hier der Text maßgeblich. In der Konsequenz bedeute dies, dass diese Freifläche nicht mehr bebaut werden könne. Er verwies darauf, dass mit den betroffenen Gemeinden vorher noch (voraussichtlich im Januar 2018) noch gesprochen werde.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** stellte die Frage, ob hier die gleichen Schutzziele zugrundelägen wie bei den Regionalen Grünzügen. Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte, dass es sich hier um zwei verschiedene Instrumente der Raumordnung handle. Trenngrün sei ein reines Instrument zur Trennung von zwei Siedlungsbereichen. Es habe darüber hinaus keine weitere Funktion.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erkundigte sich, ob der Verband hier eine festlegen könne, wie der Freiraum gestaltet werden solle. Dies verneinte Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer**. Es gehe hier nur darum bestimmte Bereiche freizuhalten. Dies sei auch sinnvoll, denn mittlerweile gebe es immer mehr Schwierigkeiten beispielsweise bei dem Bau von Stromtrassen oder anderen Infrastrukturmaßnahmen.

Da das Trenngrün ja nicht parzellenscharf sei, wollte Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** noch wissen, ob es eine Mindestbreite für Trenngrün gebe. Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erklärte, dass das Trenngrün noch im Maßstab der Regionalplanung von 1 : 100.000 darstellbar sein müsse. Dies sei ab einer Breite von 100 bis 150 Metern möglich.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

---

**TOP 2.3: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans  
Landshut;  
Kapitel B IX Sozialwesen, Gesundheit, Bildung und  
Kultur  
Sachstandsbericht**

Ltd. RD **Peter Schmid** und Frau **Martina Maier** von der Regierung von Niederbayern erläuterten die Präsentation.

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** erkundigte sich, wie man eine andere Verteilung bei den Fachärzten erreichen könne. Im Landkreis Rottal-Inn sei im Planungsbereich der KVB insgesamt eine ausreichende Versorgung mit Fachärzten vorhanden, aber innerhalb dieses Planungsbereichs seien die Ärzte zu ungleich verteilt. Ltd. RD **Peter Schmid** bestätigte, dass es in der gesamten Region bei den Fachärzten keine Unterversorgung gebe, aber die innerregionale Verteilung sei nicht immer wie gewünscht. Er könne sich deshalb als Grundsatz eine weitere Unterteilung der KVB-Planbereiche für Fachärzte vorstellen.

Landrat **Heinrich Trapp** sprach Probleme bei den Kreismediencentern an. Man sei verpflichtet, diese zu erhalten. Auf der anderen Seite gingen die Ausleihen immer mehr zurück. Es gebe bereits Gemeinden, die den Beitrag nicht mehr zahlen wollten, weil die Mediocenter nicht mehr entsprechend genutzt würden. Er erkundigte sich, ob es hier neue Konzepte gebe. Es seien ja auch Archivbestände vorhanden, die hochinteressant seien. Viele Lehrer kämen einfach nicht mehr. Ltd. RD **Peter Schmid** bedankte sich für den Hinweis, den man aufgreifen werde. Man werde die Situation auch mit den anderen Landkreisen vergleichen und sich Gedanken darüber machen, ob dies ein noch zeitgemäßes Instrument sei oder welche Möglichkeiten es gebe, die Nutzung wieder zu intensivieren.

Kreisrat **Nik Sörtl** war der Meinung, dass auch der Bereich Brauchtum aufgenommen werden sollte. Der Heimatbezug werde wieder stärker. Sprache, Mundart, Dialekte sollten Berücksichtigung finden. Ltd. RD **Peter Schmid** bedankte sich für die Anregung.

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** bat um die Aufnahme der in der Region vorhandenen historischen Feste.

Für Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** gehörten die Vereine und vor allem das Ehrenamt zu diesem Kapitel. Dies wäre ein wichtiges Signal vom Planungsverband, so Ltd. RD **Peter Schmid**.

Abteilungsdirektor **Dr. Jürgen Weber** regte an, im Grundschulbereich ein Sicherheitsziel in den Regionalplan aufzunehmen. Es gebe zwar eine Grundschulgarantie, tatsächlich würden Zwergschulen immer häufiger doch geschlossen. Im Bayerischen Wald, also in der Nachbarregion, gebe es bereits die ersten Schulschließungen, vor allem dann, wenn auch die Eltern einverstanden seien.

Seine zweite Anregung sei das Thema Gesundheitsregionen. Der Gesundheitstourismus sei zwar schon angesprochen worden, aber die Idee von Gesundheitsregionen gehe weit darüber hinaus. Hier gehe es auch um die Zusammenarbeit, um die Angebote in den größeren Betrieben und die im Bereich Gesundheit zu koordinieren. Dies sei vielleicht auch eine Aufgabe des Regionalmanagements, um unseren Gesundheitsbetrieben Kunden zuzuführen. Das Thema Prävention spiele hier auch eine große Rolle. Es gebe hier eventuell das Problem, so Lfd. RD **Peter Schmid**, dass sich die Gesundheitsregionen nicht unbedingt an die Grenzen der Planungsregion hielten, aber man werde über das Thema nachdenken.

Landrat **Peter Dreier** ergänzte, dass Stadt und Landkreis Landshut gerade den Antrag für die GesundheitsregionPlus gestellt hätten. Man könne hier auch den Präventionsgedanken mit einbringen. In Bezug auf die flächendeckende medizinische Versorgung, die Hausarztversorgung sollte entsprechender Druck auf kassenärztliche Vereinigung ausgeübt werden. Ebenso bezüglich der Facharztversorgung und den Planungsbereichen, die hier wesentlich größer seien als bei den Hausärzten. Hier spielten bei der Nachbesetzung von Facharztsitzen immer öfter auch finanzielle Aspekte rein, die man nicht nachvollziehen könne. In der Kommunalpolitik versuche man alles, um die nötigen Ärzte und Fachärzte zu finden und dann würden Arztsitze „unter der Hand“ woanders hin verkauft. Auch hier sollte man Druck auf die KVB ausüben, dass so etwas nicht möglich sei.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erkundigte sich, woher der Rückgang bei den Schülerzahlen komme. Der Bildungsbereich sei wichtig, das Kapital der Zukunft seien die jungen Menschen, die man ausbilde. Landshut wachse, deshalb sei es verwunderlich, dass es weniger Kinder gebe. Die Ursachen sollten aufgeklärt werden. **Martina Maier** erklärte, dass die Prognose der Schülerzahlen ganz Niederbayern umfasse. Grundschule bilde grundsätzlich alle ab, danach erfolge die Verteilung auf die anderen Schularten. Wirtschaftsschulen und Privatschulen seien z. B. nicht erfasst.

Außerdem sei das Thema Barrierefreiheit aus seiner Sicht sehr wichtig, so Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme**. Er wolle wissen, wie da die Leitlinien aussähen. Welche Möglichkeiten habe hier der Verband. Lfd. RD **Peter Schmid** erklärte, dass man sich bewusst sei, dass dies ein ambitioniertes und teures Ziel sei. Man könne daher nicht alle Bereiche gleichzeitig abbilden. Vielleicht gelinge es dem Planungsverband zu artikulieren, welche Bereiche am wichtigsten seien. Sollten die Rathäuser möglichst schnell barrierefrei ausgebaut werden oder seien die Schulen oder andere öffentliche Bereiche wichtiger. Der Verband könnte Schwerpunkte setzen, da man nicht alles gleichzeitig schaffen könne. Hier sei man auf die Hilfe des Ausschusses angewiesen, welche Bereiche die wichtigsten seien. **Prof. Dr. Frank Palme** schlug vor, ähnlich wie beim Regionalen Energiekonzept, ein Konzept für die Barrierefreiheit der Region zu machen. Hierzu könne man vielleicht auch mit den Regionalmanagement-initiativen sprechen, so Lfd. RD **Peter Schmid**, ob sie dieses Thema aufgreifen wollten. Dies könne man dann durch ein konkretes Ziel im Regionalplan unterstützen. Verbandsvorsitzender Alfons Sittinger ergänzte, dass man dann aber konkrete Ziele und einen Zeitpunkt setzen sollte, bis wann man das erreichen wolle.

Laut Bürgermeister **Franz Göbl** habe im Planungsverband derzeit noch kein Mitglied eine demographiegerechte Entwicklung. Die Gemeinde Buch am Erlbach habe ein Konzept ausgearbeitet. Aber hier reiche es nicht aus barrierefreie Zugänge zum Rathaus und den anderen öffentlichen Gebäuden zu haben. Oft stellten schon die Bordsteinkante oder Steigungen bei Gehwegen unüberwindliche Hindernisse dar. Er wolle sich aber zum Vorschlag von Herrn Dr. Weber bzgl. der Grundschulen noch etwas anfügen. Für Kommunen werde es immer schwieriger Schüler zu den Mittelschulen zu befördern. Teilweise erfolge dies schon mit dem Taxi, weil nur ein Schüler ein Fachbereich gewählt habe, der nur an einer anderen Mittelschule unterrichtet werde. Dies koste viel Geld. Man müsse nach Möglichkeit die Mittelschulstandorte aufwerten. Dann blieben vielleicht mehr Kinder an den Mittelschulen und der Leistungsdruck in der dritten, vierten Klasse könne vermindert werden.

Ltd. RD **Peter Schmid** erklärte, dass man versuchen werde, aus den Leitlinien die ersten Grundsätze zu entwickeln und mit den entsprechenden Fachabteilungen diskutieren, wie weit man gehen könne. Man könne sicher regionale Gesichtspunkte in die Planungen einfließen lassen.

Landrat **Heinrich Trapp** ergänzte zu den Ausführungen von Herrn Prof. Palme, dass er regelmäßig die Eltern von Neugeborenen anschreibe. Aufgrund der Namen könne man davon ausgehen, dass ca. 50 Prozent einen Migrationshintergrund haben. Viele Kinder in den Mittelschulen benötigten Sprachunterricht. Dies seien aber nicht nur Kinder von Flüchtlingen. Seiner Meinung nach müsse man dafür sorgen, dass diese Kinder bereits in die Kitas und Kindergärten kommen und dort entsprechend unterstützt werden. Dies betreffe vor allem Mädchen.

Er regte außerdem an, Pilgerwege, Naturlehrpfade und ähnliche Konzepte, die mit entsprechender Begleitung und Infotafeln ausgeschildert würden, sollten seiner Meinung nach in das Kapitel aufgenommen werden. Er denke dabei auch an den Weg der versunkenen Schlösser. Dies könne die Heimatverbundenheit stärken. ER erkundigte sich auch, ob man die Themen Fahrradwege und –sicherheit auch hier berücksichtigen könne. Ltd. RD **Peter Schmid** bedankte sich für den Vorschlag. Die Aufnahme von Pilgerwegen u. ä. werde man prüfen. Reine Fahrradwege gehörten jedoch nicht zu dem Kapitel.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

---

**TOP 3: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP);  
Anhörungsverfahren  
Stellungnahme des Verbandes**

Sachgebietsleiter **Peter Schmid** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.



**Beschluss: 16: 0**

**Der Planungsausschuss nimmt den Entwurf der Stellungnahme zur Fortschreibung des LEP 2016/2017 Ergänzende Anhörung billigend zur Kenntnis.**

**Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, die Stellungnahme fristgerecht gegenüber dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat abzugeben.**

---

**TOP 4: Regionales Energiekonzept  
Modellprojekt Biogasanlagen  
Sachstandsbericht**

Dipl.-Ing. (FH) **Maximilian Conrad** erläuterte die Präsentation.

Planungsbeirat Georg Huber von der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Niederbayern regte an, dass man sich auch über den nachwachsenden Rohstoff Holz Gedanken machen sollte. Dipl.-Ing. (FH) **Maximilian Conrad** verwies darauf, dass es bei diesem Projekt ausschließlich um Biogasanlagen gehe. Für Holz müsste eine eigenes Projekt angestoßen werden.

Bürgermeister **Hermann Etzel** erkundigte sich, ob auch Biogasanlagen im Landkreis Rottal-Inn berücksichtigt würde. Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** erklärte, dass man versuchen werde in jedem Landkreis eine Anlage auszuwählen. Es sei auch vorgesehen, dass alle Anlagenbetreiber die entsprechenden Informationen erhielten.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

---

## 5. Informationen, Wünsche und Anträge

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** wies darauf hin, dass die nächste Sitzung voraussichtlich im Frühjahr 2018 stattfinden werde. Danach beendete er den öffentlichen Teil der Sitzung.

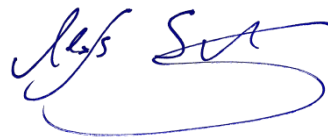
Die Präsentationen sind in der Anlage beigefügt.

Aufgestellt am 19.12.2017



Christine Erbing  
Geschäftsführerin

Genehmigt am 19.12.2017



Alfons Sittinger  
Erster Bürgermeister  
Verbandsvorsitzender